

Automation und Arbeit

Betrachtungen der aktuellen und zukünftigen Erwerbsarbeit in einer roboterisierten Welt.

Von Matthias Dilthey, 09.06.2012

Noch in den 60er und 70er Jahren vorigen Jahrhunderts wurde jede arbeitende Hand, und natürlich auch jeder arbeitende Kopf, benötigt, um die Menschen mit notwendigen und gewünschten Produkten und Dienstleistungen zu versorgen. Das inländische „Produktions-Resoviar“ an den damals notwendigen humanoiden Produktionsmittel (=Arbeitern) reichte nicht aus, um den deutschen und weltweiten Hunger nach „Made in Germany“-Produkten, Dienstleistungen und Wohlstand zu befriedigen.

Ohne Rücksicht auf sich bereits damals abzeichnende ethnische und kulturelle Konflikte wurden sogenannte „**Gastarbeiter**“ mit beträchtlichem Aufwand in 's Land geholt. Der am 08.02.2004 in Istanbul verstorbene Cem Karaca z.B. hat mit seinem Song [„es wurden Arbeiter gerufen-doch es kamen Menschen an“](#) die Situation treffend thematisiert.

Während es bis vor wenigen Jahren noch möglich war, Erwerbsarbeit über eine wie auch immer geartete Leistungsmessung zu definieren und zu bewerten (Leistungsprämien, Arbeitsanforderungen, notwendige Ausbildung etc.), zeigt die heute zunehmende Automation immer stärker die Schwachpunkte und Fehler dieses auf **Erwerbsarbeit** ausgerichteten Systems auf.

An dieser Stelle möchte ich eine Lanze für die sogenannten Rationalisierer brechen. Denn bereits in den 80er Jahren waren sich eine Vielzahl der Roboter-Entwickler darüber im Klaren, dass die Automation sehr viele Menschen in die **Erwerbslosigkeit** befördern werde. Die damals angesprochenen Politiker antworteten den verantwortungsvoll agierenden Automatisierern, dass es schon immer menschliche Zielsetzung sei, sich von Arbeit durch die Entwicklung von Werkzeugen und Maschinen zu entledigen. Die Politik werde Sorge dafür tragen, dass z.B. über Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich die Menschen durch die Automation nur gewinnen könnten. Heute stellt sich den Automatisierern nicht mehr die Frage, welche Arbeit durch Roboter erledigt werden könnte. Die heutige Aufgabe der Ingenieure lautet vielmehr, wie sie die mit den *Gewerkschaften ausgehandelten humanoiden Arbeiten* in einen voll roboterisierten Produktionsprozess integrieren können.

Beispielsweise wurden in der Automobilproduktion immer mehr menschliche Schweißer durch Roboter ersetzt - bis zu menschenleeren Fabrikhallen -. Das wirft eine entscheidende Frage auf: Arbeitet jetzt ein Roboter an Stelle des Menschen?

Bejaht man diese Frage, hätte das weitreichende Auswirkungen auf den Arbeitsbegriff. Denn dann würde Arbeit zumindest in Teilbereichen über die Wertschöpfung oder über den Energieeinsatz, jedenfalls nicht mehr über den Menschen, definiert.

Verneint man diese Frage, negiert man damit auch den Leistungsbezug (Lohn) der menschlichen Arbeit mit den oben besprochenen Widersprüchen.

Laut Karl Marx können ausschließlich Menschen arbeiten. Ordnet man jetzt dem Roboter den vorherigen Arbeitsplatzinhaber (also in unserem Beispiel den Schweißer) als Aufseher bzw. Maschinenführer zu, wäre der Marx'schen Arbeitsdefinition in soweit genüge getan.

Nachdem aber der Roboter weder einer Aufsicht noch eines Maschinenführers bedarf, würde der humanoide Arbeiter ein leistungsloses Auskommen erzielen. Das beinhaltet natürlich auch die oben beschriebenen Definitionsprobleme. Marx schweigt sich jedoch über die Variante aus, dem als (unnötige) Aufsicht arbeitenden Schweißer weiterhin sein leistungsloses Auskommen zu bezahlen, ihn aber von seiner Anwesenheit am Produktionsort freizustellen, die für den Produktionsprozess ohnehin nutzlos ist.

Verfolgt man diesen Gedanken weiter, wird man nicht umhin kommen, den Roboter und seinen „Maschinenführer“ als Team anzusehen. Wobei dann natürlich die Frage der Lohnaufteilung zwischen Roboter und Mensch zu stellen ist. Welchen Lohn benötigt ein Roboter, welchen Lohn ein Mensch?

Der Roboter hat eine genau definierte Lohnuntergrenze. Erhält er nicht genug Energie zum Arbeiten (=Lohn), stellt er ohne zu murren oder zu maulen seine Tätigkeit einfach ein.

Hebt man den Lohn (die dem Roboter zugefügte Energie) wieder auf ein erträgliches Niveau an, wird er seine Arbeit problemlos und stillschweigend wieder aufnehmen.

Nachdem sich mit dem Roboter nicht über Löhne verhandeln lässt, bleibt dem Arbeiter bezüglich der Höhe seines leistungslosen Auskommens nichts anderes übrig, als sich auf das zu beschränken, was der Roboter nach Abzug seiner Energiekosten dem „humanoiden Partner“ übrig lässt.

Im Umkehrschluss bedeutet das, je niedriger die Energiekosten sind, desto mehr verbleibt für ein leistungsloses Auskommen beim Menschen – vorausgesetzt, Preis und Gewinn bleiben konstant.

Diese Betrachtung führt im Ergebnis zu **der Definition, dass Erwerbsarbeit (sei sie menschlichen oder maschinellen Ursprungs), nichts anderes sein kann, als der wirtschaftlich genutzte Energieanteil an der Produktion.**

Daraus leitet sich wiederum eine prinzipielle Gleichwertigkeit der Arbeit ab, denn der biologische Energieumsatz eines Hilfsarbeiters kann sich nicht wesentlich von dem eines Professors unterscheiden. Und die wirtschaftliche Ausrichtung der Anstrengungen kann in beiden Fällen ein gleiches Maximum nicht übersteigen.

Nachdem erst das fertige, verkaufte und bezahlte Produkt monetäre Wertschöpfung darstellt, führt eine monetäre Abgeltung eines zur Produktion wertlosen Beitrags - heute z.B. in Form von eigentlich unnötigem Bürokratismus üblich - zwangsläufig zu Inkonsistenzen im System.

Der bekannte Nationalökonom Alfred Weber hat bereits Anfang des vorigen Jahrhunderts davor gewarnt, die Produktion mit an sich unnötigem Verwaltungsaufwand zu überfrachten. Heute kann man vielfach den Eindruck gewinnen, Verwaltung und Bürokratie haben sich zu einem Selbstzweck entwickelt und sitzen wie Schmarotzer im Pelz des „Wirts-Tieres Produktion“. Nicht nur, dass viele Menschen alle möglichen Anstrengungen unternehmen, ihren Erwerbsplatz auf Kosten der produktiven Kräfte zu sichern, sondern sie „beißen die Hand, die sie füttert“, indem sie teilweise völlig unnötig „Sand in das Produktions-Getriebe“ schütten.

Man könnte alle am monetären Produkt-Wertschöpfungsprozess beteiligten für ihre eingebrachte Arbeit anteilig entschädigen. Dazu müsste aber der Produkt-Wertschöpfungsprozess eindeutig abgrenzbar sein.

Diese Abgrenzbarkeit ist aber keinesfalls ordentlich möglich, wie das Beispiel „Automobil“ belegt:

Automobile zu fertigen ist das Eine. Einen Absatzmarkt für Automobile zu haben, ist das Andere.

Um ein Auto zu bauen, bedarf es nicht viel: Ein wenig Metall, etwas Plastik, eine Portion Know-How, Silizium (Sand) für Chips und Glas - fertig ist das Auto.

Um ein Auto zum Laufen zu bringen, ist schon mehr Aufwand nötig. So braucht man Raffinerien um Benzin herzustellen. Damit der Sprit die notwendige Qualität bekommt, bedarf es einer kompletten Chemieindustrie. Ähnliches gilt für notwendige Schmierstoffe.

Jetzt läuft das Auto, man könnte fahren. Doch wo ist die notwendige Straße? Wo sind die Tankstellen, um auch fern der Heimat wieder zurückzukommen? Wo sind Ampeln um den Verkehr zu regeln?

Autos sind schnell gebaut; monetär werthaltig werden sie erst, wenn sie verkauft und bezahlt sind. Doch wer würde ein Auto kaufen, wenn es keine Straßen zum Fahren, keine Tankstellen zum Tanken, gäbe?

Somit trägt der z.B. der Tankwart oder der Straßenbauer zum monetären Wertschöpfungsprozess der Automobilindustrie bei. Ohne Straßenbauer keine Wertschöpfung im Automobilbau, jedoch ohne Automobile auch keine Wertschöpfung im Straßenbau.

Unsere hoch arbeitsteilige Gesellschaft ist sogar auf den nicht erwerbsarbeitenden TV-Junky angewiesen. Ohne jemanden, der ständig vor dem Fernseher „arbeitet“, könnten die TV-Sender keine Werbeeinnahmen generieren, die ihnen zur monetären Wertschöpfung verhelfen.

Je mehr arbeitsteilig unsere Gesellschaft und Wirtschaft wird, um so weniger lassen sich monetäre Wertschöpfungen Einzelnen oder einzelnen Gruppen zuordnen.

Möchten wir, dass unsere Gesellschaft wieder bzw. weiterhin ein friedliches und soziales Miteinander pflegt, müssen wir das Auskommen der Menschen sicherstellen, indem wir jedem gleichermaßen seinen Grundanteil am monetären Wertschöpfungsprozess in Form eines Bürgergeldes / bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) auszahlen.

Dabei handelt es sich keineswegs um eine Form der Sozialhilfe, sondern um einen aus der jovialen Arbeitsethik logisch und zwingend begründenden Rechtsanspruch.

Wenn nicht mehr eindeutig und somit gerecht zu differenzieren ist, wer in wie weit am monetären Wertschöpfungsprozess beteiligt ist und wer nicht, so kann eine gerechte Lösung ausschließlich in einer gleichmäßigen Verteilung bestehen - zumindest von Teilen des Erwirtschafteten.

Es mag hart klingen, aber die Wahrheit ist oftmals grausam: Die überwiegende Anzahl der erwerbsarbeitenden Menschen strengen sich, aus produktionstechnischer Sicht, Tag für Tag völlig unnötig und nutzlos an. Viele quälen sich täglich an ihren eigentlich obsoleten Erwerbsplatz. Obsoleter Erwerbsplatz deshalb, weil Kollege Roboter ihre Arbeit übernehmen könnte. Oder weil der Erwerbsplatz heutzutage von vorne herein völlig unnötig ist. Wer braucht z.B. noch ein Jobcenter? Wozu brauchen wir das Bürokratie-Monster ALG-II? Mit einem emanzipatorischen BGE könnten auch diese eigentlichen „Sozial-Schmarotzer“, die die politisch gewollte Armut verwalten und am Tropf der Produktion hängen, das tun, was ihnen zusteht:

Endlich wieder Mensch sein!